



ROLAND RECHTSREPORT 2022

Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und
zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Fake News, Meinungsfreiheit, Verschwörungstheorien und
die Rolle sozialer Medien



ROLAND
RECHTSSCHUTZ

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis: deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten: 1.069 Personen
Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews: mündlich-persönlich (face-to-face)
Repräsentativität: repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum: Dezember 2021

Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

Redaktion

Marius Gebhard (ROLAND), Michael Sommer (IfDA)

Version vom 03.03.2022 (im Vergleich zur Version vom 22.02.2022 wurde ein fehlerhafter Textabschnitt auf Seite 26 korrigiert).

Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG
Marcus Acker
Leiter Unternehmenskommunikation
Deutz-Kalker Straße 46
50679 Köln
www.roland-gruppe.de
presse@roland-gruppe.de

Vorbemerkung

Seit 2010 wird mit dem ROLAND Rechtsreport jährlich die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Dazu führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH auch in diesem Jahr im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch in diesem Jahr die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlung der grundsätzlichen Einstellungen zum deutschen Rechtssystem Schwerpunkte dieser Untersuchung. Zudem ermittelt auch der aktuelle ROLAND Rechtsreport die Einstellungen der Bevölkerung zur außergerichtlichen Streitbeilegung.

Einen weiteren Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden die Themen „Fake News, Meinungsfreiheit und soziale Medien“: Inwieweit hat die Bevölkerung den Eindruck, ihre Meinung frei äußern zu können? Wie sehr vertrauen die Bürger* den Medien, insbesondere sozialen Netzwerken? Stellen Verschwörungstheorien eine ernsthafte Gefahr dar, und sollten Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken stärker kontrolliert und gegebenenfalls auch eingeschränkt werden?

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.069 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 1. und 15. Dezember 2021 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee,
Institut für Demoskopie Allensbach
im Januar 2022

* Anmerkung: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen Personen mit allen Geschlechtern.

Inhalt

Seite

Untersuchungssteckbrief	1
Vorwort	2
Geleitworte	4
Zusammenfassung	7
Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung	9
Das deutsche Rechtssystem genießt unverändert großes Vertrauen in der Bevölkerung	10
Weiterhin viel Kritik an der Verfahrensdauer und der Überlastung der Gerichte	16
Erfahrungen mit dem Rechtssystem und Einstellungen zur außergerichtlichen Streitbeilegung	19
Teil B Fake News, Meinungsfreiheit, Verschwörungstheorien und die Rolle sozialer Medien	25
Die Grenzen der Freiheit	26

Geleitworte



Liebe Leser:innen,

schon zum zweiten Mal mussten wir uns im ROLAND Rechtsreport mit den Folgen der Corona-Pandemie beschäftigen. In der aktuellen zwölften Ausgabe zeigt sich: Das Virus und die Politik zu dessen Eindämmung gehen am deutschen Rechtssystem nicht spurlos vorüber. Haben mit 70 Prozent der Menschen in unserem Land nur gut zwei Drittel Vertrauen in die Gesetze und Gerichte, ist dieser Wert bei denjenigen, die eine Impfung gegen das Corona-Virus ablehnen, mit 34 bzw. 27 Prozent noch mal signifikant geringer. Dieses und viele weitere Ergebnisse aus unserer Studie weisen auf eine Polarisierung der Gesellschaft bei der Impf-Frage hin, die auch für das Rechtssystem erhebliche Konsequenzen mit sich bringen kann.

Einen erheblichen Einfluss sehen wir auf den Schwerpunktteil unserer Untersuchung, in dem wir uns Fragen nach der Meinungsfreiheit, Verschwörungstheorien und dem Einfluss sozialer Netzwerke widmen. Hier zeigt sich, dass Verschwörungstheorien mehrheitlich als ernsthafte Gefahr für die Demokratie gesehen werden. Besonders das Internet und Falschinformationen in sozialen Netzwerken werden dabei kritisch betrachtet. Konsequenterweise fordert deshalb auch eine deutliche Mehrheit, dass Internetnutzende in sozialen Netzwerken immer verpflichtend ihren echten Namen angeben müssen – mit Blick auf die aktuellen Diskussionen rund um Hass und Hetze im Internet eine interessante Erkenntnis.

ROLAND Rechtsschutz setzt sich seit jeher dafür ein, allen Bürger:innen in unserem Land gleichermaßen und diskriminierungsfrei einen Zugang zum Rechtssystem zu verschaffen. Dies wird immer bedeutsamer, da die Grenze, ab der die Deutschen einen Rechtsstreit in Betracht ziehen, weiter steigt; sie liegt nun bei einem Streitwert von knapp 3.700 Euro. Aber auch unterhalb dieses Betrags spielen sich gesellschaftlich bedeutsame Konfliktprozesse ab. Daher ist es erfreulich, dass mit 56 Prozent immer mehr Deutsche von der Wirksamkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung überzeugt sind.

Dass Digitalisierung und Angebote von LegalTechs derzeit grundlegend unser Rechtssystem verändern, wird von knapp der Hälfte der Befragten begrüßt, während sich nur ein Viertel für die Beibehaltung des anwaltlichen Monopols zum Beispiel bei Schadenersatzforderungen oder Vertragserstellungen einsetzt. Besonders bei den jüngeren Menschen in unserem Land findet die Digitalisierung Unterstützung. Dies verdeutlicht die Herausforderung, vor der das deutsche Rechtssystem aktuell steht.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre. Und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ihr

Dr. Ulrich Eberhardt
Mitglied des Vorstands der
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG



Liebe Leserinnen und Leser,

der ROLAND-Rechtsreport, der seit 2010 jährlich erscheint, ist dieses Mal wohl einer der interessantesten seiner Geschichte. Denn die Corona-Pandemie, die im Frühjahr 2020 ihren Anfang nahm und nun als vierte Welle über unser Land rollt, hat die Bevölkerung gespalten. Dies schlägt sich in der demoskopischen Umfrage zu bestimmten Fragen nieder. Die Maßnahmen der Regierungen und der Gesundheitsbehörden im Bund und den Ländern zur Bekämpfung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus und der COVID-19-Erkrankungen sind umstritten und beschäftigen in erheblichem Umfang die Gerichte und die Polizei. Sie haben bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung im Grundsatz Zustimmung und Gefolgschaft gefunden, stoßen bei einer Minorität jedoch auf grundsätzliche Skepsis oder pauschale, zum Teil auch militante Ablehnung. Insbesondere an der Bereitschaft, sich einer (von der überwältigenden Mehrheit der Wissenschaft empfohlenen) Impfung zu unterziehen, scheiden sich die Geister.

Diese Spaltung zeigt sich in der Einstellung der Befragten zu etlichen der im Rechtsreport aufgegriffenen Themen. So hat sich etwa das Vertrauen in die Gerichte, die mit so gut wie jeder gesetzgeberischen und administrativen, aber auch etwa arbeitsrechtlichen Corona-Maßnahme befasst waren, verstärkt. Das Vertrauen in die Legislative und in die Verwaltung hat sich dagegen in den 12 Monaten seit der letzten Befragung allgemein verschlechtert, in Bezug auf das Corona-Management der Regierung sogar drastisch.

Auch der Anteil derjenigen, die sehr oder ziemlich viel Vertrauen in die Zeitungen haben, hat sich allgemein erneut verringert; unter den Impfverweigerern ist dieses Vertrauen drastisch gesunken.

Erscheint das Misstrauen gegenüber den Medien noch erklärbar, ist die Einstellung zur Meinungsfreiheit rational nicht verständlich. Seit der Wiedervereinigung ist die Auffassung, in Deutschland sei die Meinungsfreiheit als eine der fundamentalen Grundfreiheiten gewährleistet, rückläufig. Dieser Trend hat sich aktuell noch verstärkt. Insbesondere unter Impfgegnern und AfD-Anhängern ist der Anteil derjenigen, die bezweifeln, dass sie ihre Meinung frei äußern können, weit überdurchschnittlich hoch. Deren subjektives Empfinden beruht jedoch wohl in erster Linie darauf, dass ihre Ablehnung der Corona-Maßnahmen bei der großen Mehrheit auf Unverständnis stößt und nicht darauf, dass ihre Äußerungsfreiheit bedroht wäre. Die Meinungsfreiheit beinhaltet jedoch nicht den Anspruch, dass die betreffende Meinung auch ernst genommen oder gar geteilt wird.

Erfreulich ist, dass sich die von Anfang an überwiegend positive Einschätzung der außergerichtlichen Streitbeilegung als niederschwelliges Instrument zur Durchsetzung von Ansprüchen und Interessen der Verbraucher fortsetzt. Immer mehr Menschen haben eigene Erfahrungen mit Schlichtung und Mediation, die ihre Haltung prägen. Dass damit auch eine Entlastung der Gerichte einhergeht, ist zwar nicht Hauptzweck der gesetzlichen Ergänzung des gerichtlichen Rechtsschutzes um einen Anspruch des Verbrauchers auf außergerichtlichen Rechtsschutz. Zwischen Gerichten und Schlichtungsstellen besteht kein Konkurrenzverhältnis, vielmehr komplettiert die außergerichtliche Streitbeilegung den Rechtsschutz der Verbraucher. Inwieweit sie auch dazu beiträgt, dass im statistischen Durchschnitt die Gerichte erst bei einem Streitwert ab knapp 3.700 Euro (nach dem ROLAND-Rechtsreport 2015 waren es noch 1.950 Euro) angerufen werden, ist einer genaueren Analyse wert. Soweit dieser Zurückhaltung, den Rechtsweg zu den Gerichten zu beschreiten, eine Art „Gerichtsphobie“ zugrunde liegt, wäre dies eine bedenkliche Entwicklung.

Prof. Dr. Günter Hirsch
Mitglied des Rechtspolitischen Beirats von
ROLAND Rechtsschutz

Ombudsmann für Versicherungen a.D.

Präsident des Bundesgerichtshofs a.D.



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der pandemiebedingten zweijährigen Ausnahme-situation ist ein hohes Institutionenvertrauen keineswegs selbstverständlich. Der Staat hat teilweise tief in die Freiheiten der Bürger und Bürgerinnen eingegriffen und das hat das Vertrauen in Regierung und Verwaltung verändert. Nach dem ersten Jahr der Pandemie, das von massiven Einschränkungen geprägt war, stieg das Vertrauen in die Exekutive zunächst steil an. Die Bevölkerung hatte den Eindruck, dass die Regierung entschlossenes Krisenmanagement betrieb und die Einschränkungen auch ihre Ziele zumindest teilweise erfüllten. Nun am Ende des zweiten Jahres macht sich Ernüchterung breit. Die Mehrheit fürchtet, dass eine dauerhafte Normalisierung des Lebens noch nicht absehbar ist und viele der politischen Maßnahmen werden als widersprüchlich wahrgenommen. Dies hat das Vertrauen in die Regierung und auch in die Verwaltung angegriffen. Trotzdem ist das Vertrauen auch jetzt noch höher als im Durchschnitt der letzten anderthalb Jahrzehnte.

Auch die Gerichte und die Sicherheitskräfte waren durch die Pandemie wiederholt gefordert. Die Gerichte wurden häufiger angerufen, um die politischen Beschlüsse zu überprüfen. Das Vertrauen in die Justiz ist in diesem Umfeld auf einen neuen Höhepunkt gestiegen: 70 Prozent haben großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die Gerichte. Schon der letzte ROLAND Rechtsreport zeigte, wie wichtig es gerade in einer solchen Ausnahmesituation war und ist, dass die Gewaltenteilung für die Bevölkerung erkennbar funktioniert.

Auch die Sicherheitskräfte genießen großes Vertrauen. Die Polizei ist zunehmend durch Proteste gegen die Corona-Politik gefordert. Die gesellschaftlichen Gräben, die sich hier teilweise auftun, beunruhigen die Mehrheit der Bevölkerung; das gesellschaftliche Diskussionsklima hat sich nach Wahrnehmung vieler verschlechtert. Die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht verschärft den gesellschaftlichen Diskurs. Die Lager scheiden sich nicht nur an der Impfpflicht, sondern auch im Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Impfgegner haben ein weitaus geringeres Vertrauen sowohl in die Regierung als auch in die Gesetze und Gerichte, Verwaltung, Polizei und Medien. Das Misstrauen macht teilweise empfänglich für Verschwörungstheorien, die die Mehrheit der Bevölkerung als ernsthafte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einschätzt.

Man wird erst nach dem Auslaufen der Pandemie bewerten können, ob diese Gräben von Dauer sind oder sich bei einer Normalisierung des Alltags wieder verringern.

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

Zusammenfassung

Großes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das deutsche Rechtssystem

Wie in den elf vorangegangenen Studien untersucht auch der ROLAND Rechtsreport 2022 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das deutsche Rechtssystem. Schon seit Jahren bewegt sich dieses auf einem konstant hohen Niveau. Daran hat sich auch im diesjährigen ROLAND Rechtsreport nichts geändert: 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, ebenfalls 70 Prozent in die Gerichte. Auf einen besseren Wert kommen nur kleine und mittlere Unternehmen sowie die Polizei.

Auffällig sind in diesem Zusammenhang die Unterschiede zwischen Impfbefürwortern und Impfverweigerern. Ungeimpfte zeichnen sich durch ein bemerkenswert hohes Misstrauen nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Institutionen gegenüber aus. Während 75 Prozent der Geimpften der Gesetzgebung vertrauen, gilt das nur für 27 Prozent der Impfverweigerer. Den Gerichten bringen 74 Prozent der Geimpften, aber nur 34 Prozent der Ungeimpften sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen.

Außerdem wird im diesjährigen ROLAND Rechtsreport deutlich, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bundesregierung in Zeiten der Corona-Pandemie besonders volatil ist. Hatten 2019 nur 33 Prozent sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Bundesregierung, gab es 2020 einen deutlichen Anstieg auf 57 Prozent und in der aktuellen Ausgabe wieder einen Rückgang auf 44 Prozent.

Dennoch deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem

Trotz der hohen Vertrauenswerte äußern die befragten Bürgerinnen und Bürger auch deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik dabei auf vier verschiedene Bereiche:

- Die größte Kritik übt die Bevölkerung an den Verfahrensdauern. 81 Prozent haben den Eindruck, dass viele Verfahren zu lange dauern. 75 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.
- Ein Großteil äußert zudem Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht. 59 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Erfolgsaussichten erhöht, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 58 Prozent halten die Rechtsprechung für uneinheitlich, Urteil und Strafmaß unterscheiden sich demnach von Gericht zu Gericht.
- Ein Großteil kritisiert die Komplexität der Gesetzgebung in Deutschland. 55 Prozent bemängeln, dass die Gesetze zu kompliziert sind und bezweifeln, dass ein normaler Bürger oder eine normale Bürgerin in der Lage ist, diese Gesetze zu verstehen.
- Schließlich werden Strafen als zu milde kritisiert, insbesondere mit Blick auf jugendliche Straftäter. 52 Prozent wünschen sich ein härteres Durchgreifen gegenüber jugendlichen Straftätern. 49 Prozent empfinden Urteile allgemein als zu milde.

Gegenüber diesen kritischen Stimmen sind positive Aussagen zur deutschen Justiz eindeutig in der Minderheit. Immerhin 30 Prozent geben an, dass sie großen Respekt vor Richterinnen und Richtern haben, während 28 Prozent finden, dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten, und 26 Prozent meinen, dass bei deutschen Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht.

Befragte sind von der Wirksamkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung überzeugt

Knapp ein Viertel der Befragten hat bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht. 24 Prozent der Bevölkerung waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. Außerdem zeigt sich, dass der Streitwert, ab dem jemand vor Gericht ziehen würde, mit einem Durchschnitt von 3.683 Euro relativ hoch liegt.

Zudem wurden die Befragten um ihre Einschätzung zur außergerichtlichen Streitbeilegung gebeten. Hier bewerteten die Befragten die Erfolgchancen überwiegend positiv. 56 Prozent sind überzeugt, dass sich mit der außergerichtlichen Streitbeilegung viele Konflikte lösen lassen, nur 31 Prozent sind skeptisch. Darüber hinaus finden es 46 Prozent gut, dass sich rechtliche Angelegenheiten vermehrt mit digitalen Angeboten lösen lassen, zum Beispiel bei Schadenersatzforderungen oder bei der automatisierten Vertragserstellung. Dagegen finden 27 Prozent, dass für solche Anliegen weiterhin ausschließlich Anwälte zuständig sein sollten.

Fake News und Verschwörungstheorien als Gefahr

Neben der Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justiz- und Rechtssystem widmet sich der diesjährige ROLAND Rechtsreport Fragen nach der Meinungsfreiheit, Fake News und der Rolle sozialer Medien. Über viele Jahrzehnte war sich die große Mehrheit der Bevölkerung darin einig, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung in Deutschland uneingeschränkt gesichert ist. Doch seit einigen Jahren erodiert dieser Eindruck. Der diesjährige ROLAND Rechtsreport zeigt, dass nur noch 45 Prozent glauben, dass man in der Öffentlichkeit seine Meinung frei äußern könne. Nahezu gleich viele, 43 Prozent, widersprechen. Diejenigen, die darüber klagen, dass sie ihre Meinung nicht frei äußern können, stellen dabei in aller Regel nicht infrage, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Meinungsfreiheit gilt, sondern sie beklagen die gesellschaftlichen Sanktionen, die drohen, wenn man gegen die Regeln der Political Correctness verstößt.

Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Zuverlässigkeit von Informationen aus den Medien, insbesondere gegenüber Informationen aus sozialen Netzwerken. So raten 70 Prozent der Befragten zur Vorsicht gegenüber Informationen aus dem Internet, da hier jeder und jede schreiben könne, was er oder sie möchte. Weitere 55 Prozent äußern sich skeptisch gegenüber Informationen aus sozialen Netzwerken und 61 Prozent sind überzeugt, dass ganz generell viele Falschinformationen im Umlauf sind.

Eine Gefahr geht aus Sicht der Bevölkerung zudem von Verschwörungstheorien aus. 60 Prozent sehen darin eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Von AfD-Anhängern halten im Vergleich dazu nur 29 Prozent Verschwörungstheorien für eine ernsthafte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bei den Impfverweigerern sind es mit 19 Prozent noch weniger.

Im Zusammenhang mit Fake News und Verschwörungstheorien wird immer wieder darüber diskutiert, ob Meinungen, die in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Telegram geäußert werden, stärker kontrolliert und eingeschränkt werden sollten. 50 Prozent würden eine stärkere Kontrolle von Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken begrüßen. Nur neun Prozent halten dagegen und meinen, dass bereits heute zu viel Kontrolle in den sozialen Netzwerken stattfindet. Weitere 15 Prozent wünschen sich keine Veränderung, weil sie die derzeitigen Regelungen für ausreichend und angemessen erachten.

Zunehmend fordert die Bevölkerung auch eine Klarnamenpflicht im Internet, also dass Nutzerinnen und Nutzer Beiträge oder Kommentare in sozialen Netzwerken oder Internetforen nur unter ihrem richtigen Namen veröffentlichen dürfen und nicht anonym. Der aktuelle ROLAND Rechtsreport zeigt, dass 62 Prozent der Auffassung sind, Verfasser sollten ihren echten Namen angeben, nur 17 Prozent finden es hingegen gut, dass Beiträge im Netz anonym verfasst werden können. Vor allem ältere Personen und diejenigen, die in Verschwörungstheorien eine ernsthafte Gefahr für unsere Gesellschaft sehen, fordern die Einführung einer Klarnamenpflicht im Internet.



Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Das deutsche Rechtssystem genießt unverändert großes Vertrauen in der Bevölkerung

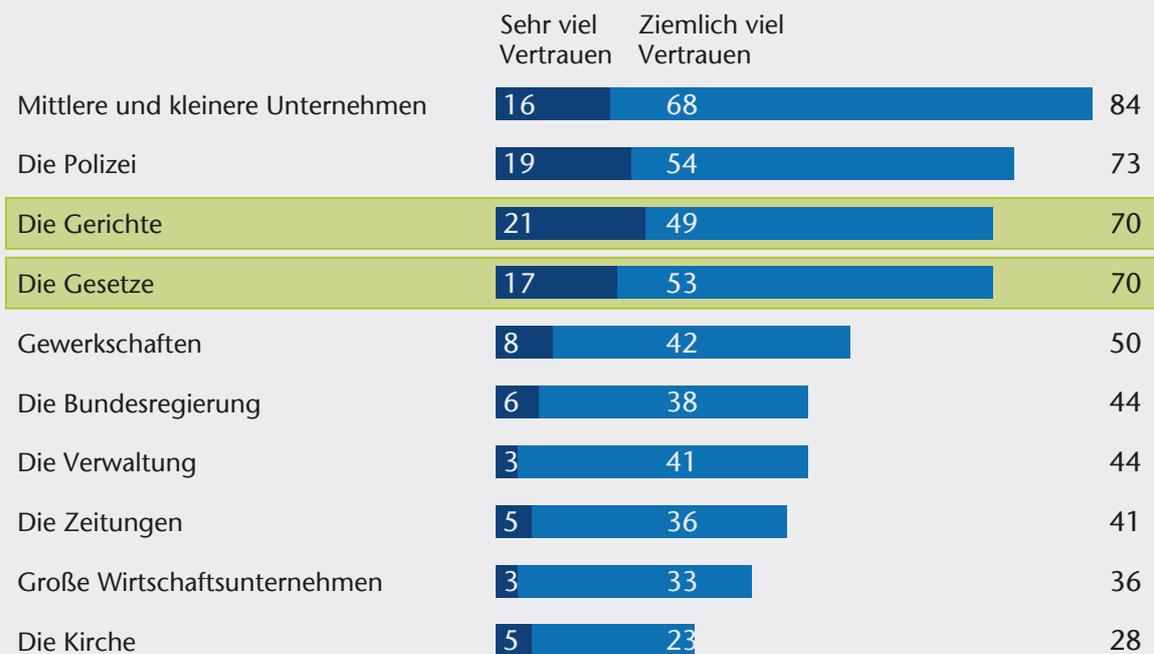
Unverändert genießt das deutsche Rechtssystem in der Bevölkerung ein hohes Maß an Vertrauen: Sieben von zehn Bürgern haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gerichte, ebenso viele in die Gesetze. Damit nehmen diese beiden Institutionen im Vergleich mit anderen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen eine herausgehobene Stellung ein. Größeres Vertrauen als der Justiz bringt die Bevölkerung nur kleineren und mittleren Unternehmen sowie der Polizei entgegen. So haben 84 Prozent der Bürger großes

Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen, 73 Prozent in die Polizei. Jeder Zweite hat zudem sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gewerkschaften, jeweils 44 Prozent in die Bundesregierung und die Verwaltung. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen große Wirtschaftsunternehmen sowie die Kirche: 36 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in Großunternehmen, nur 28 Prozent in die Kirche (Schaubild 1).

Schaubild 1

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"
(Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12047

Die Trendanalyse zeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Rechtssystem seit vielen Jahren äußerst stabil ist. So hat sich das Vertrauen in die deutsche Gerichtsbarkeit zwischen 2008 und 2020 stets in der engen Bandbreite zwischen 61 und 66 Prozent bewegt. Zuletzt hat das Vertrauen in die deutschen Gerichte noch einmal zugenommen: Aktuell haben 70 Prozent sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die deutschen Gerichte. Das Vertrauen in die Gesetze unterliegt hingegen etwas stärkeren Schwankungen.

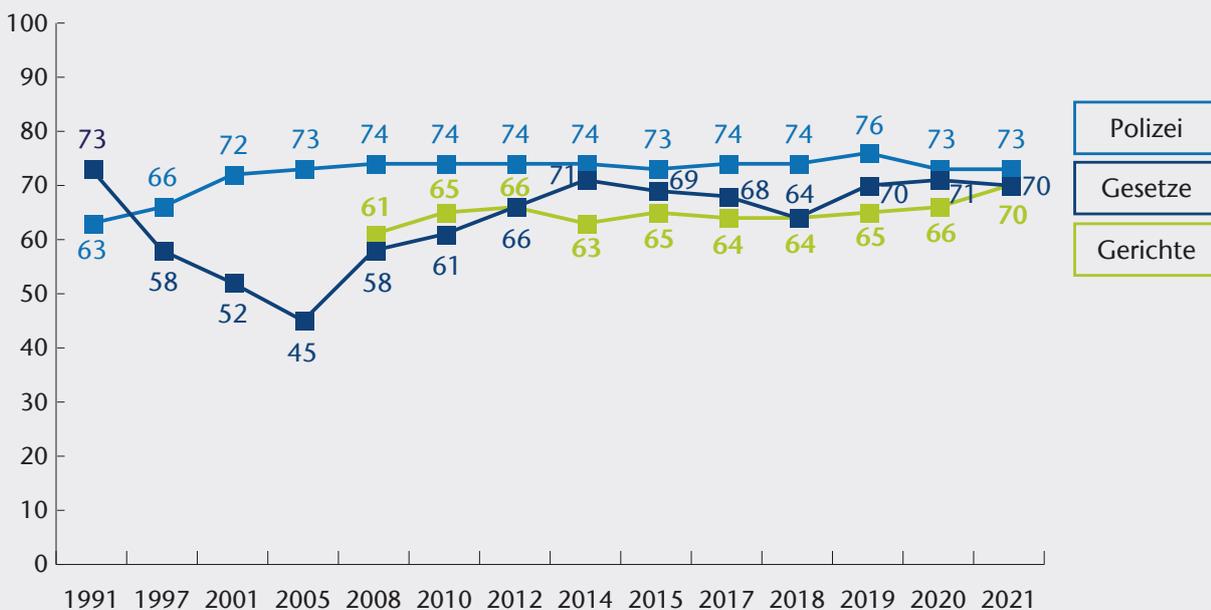
So vertrauten direkt nach der Wiedervereinigung 73 Prozent der Bürger den Gesetzen in Deutschland, 2005 nur noch 45 Prozent. In den folgenden Jahren stieg das Vertrauen wieder auf 71 Prozent im Jahr 2014 an. Seither schwankt das Vertrauen in die Gesetze auf hohem Niveau zwischen 64 und 71 Prozent; derzeit haben 70 Prozent sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze.

Noch stabiler als das Vertrauen in das Rechtssystem ist dasjenige in die Polizei. Seit 2001 oszilliert das Vertrauen in die Polizei im engen Spektrum zwischen 72 und 76 Prozent, aktuell liegt es bei 73 Prozent (Schaubild 2).

Schaubild 2

Stabil hohes Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

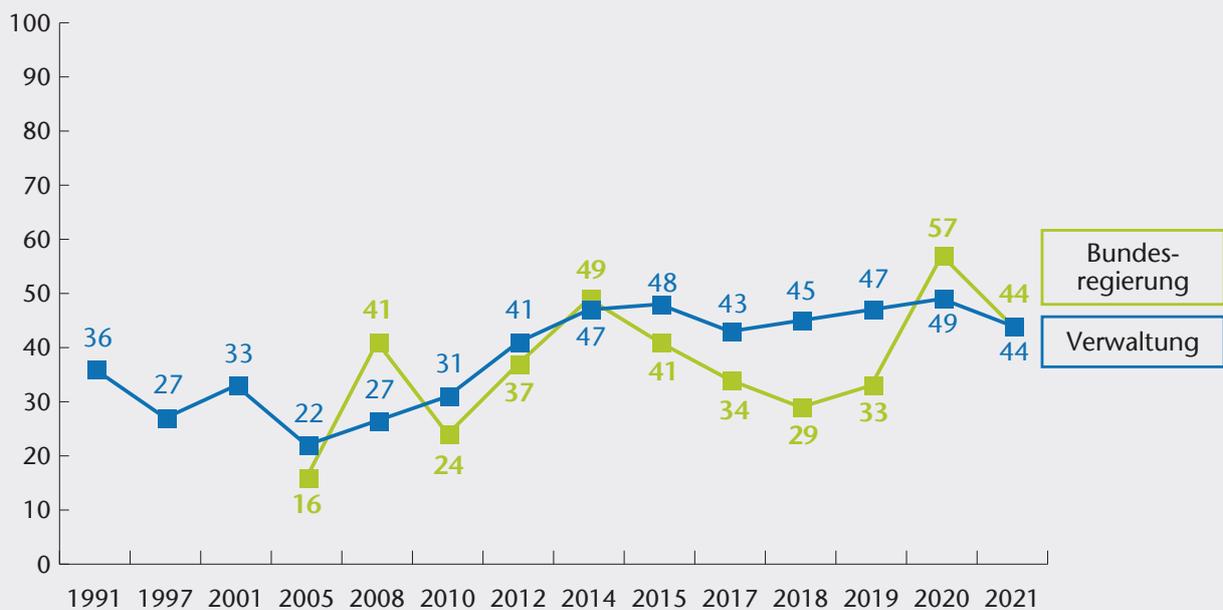
Besonders volatil ist das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesregierung gegenüber. Mehr als bei den anderen Institutionen wird das Vertrauen in das Regierungshandeln oftmals überlagert von der Zustimmung oder Ablehnung des aktuellen Kurses der Regierung. So stieg von 2019 auf 2020 das Vertrauen in die Bundesregierung von 33 auf 57 Prozent an. Dieser außergewöhnlich starke Zugewinn an Vertrauen war auf die Maßnahmen der damaligen Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Gerade in der frühen Phase der Pandemie im Frühjahr und Sommer 2020 gab es eine breite Unterstützung für die Regierungspolitik im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Krise. Zur Jahreswende 2020/21 nahm dann sukzessive die Kritik zu, sodass aktuell nur noch 44 Prozent der Bevölkerung der Bundesregierung großes Vertrauen aussprechen.

Auch das Urteil über die Verwaltung hat sich innerhalb der letzten zwölf Monate deutlich verschlechtert. Hatten vor einem Jahr noch 49 Prozent der Bundesbürger großes Vertrauen in die Verwaltung, sind es aktuell nur noch 44 Prozent. Auch hier dürfte das Meinungsbild stark von der Pandemie geprägt sein. Insbesondere die Gesundheitsämter standen in den letzten zwei Jahren deutlich stärker im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, als dies sonst der Fall ist – und auch bei ihnen hat nach anfänglicher Unterstützung die Kritik tendenziell zugenommen (Schaubild 3).

Schaubild 3

Deutlich weniger Vertrauen in die Bundesregierung und die Verwaltung aufgrund ihres Corona-Managements

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

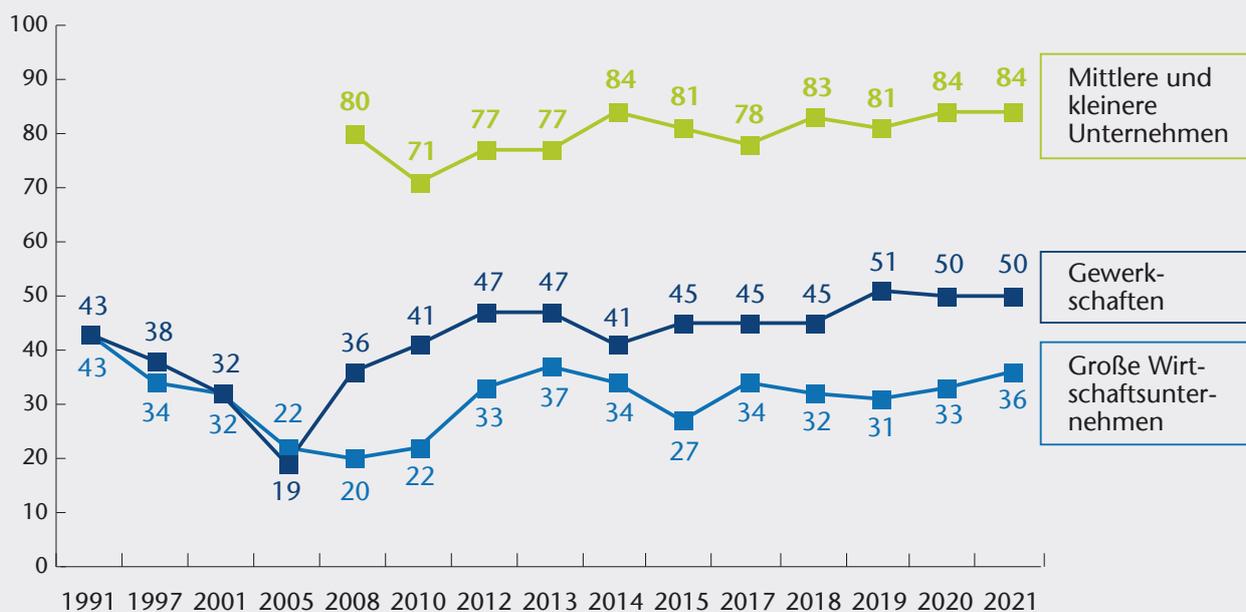
Das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft ist weiterhin von einer starken Differenzierung zwischen dem Mittelstand auf der einen und den Großunternehmen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Während das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen außerordentlich groß ist, ist das Vertrauen in die großen Unternehmen eher gering. So vertrauen 84 Prozent den kleineren und mittleren Unternehmen, aber nur 33 Prozent den großen Unternehmen. Der Trendverlauf zeigt, dass das Urteil über die Wirtschaftsunternehmen seit Jahren äußerst konstant ist.

Unverändert stabil ist auch das Vertrauen in die Gewerkschaften: Wie bereits im vergangenen Jahr bringt rund jeder Zweite den Gewerkschaften sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen. In den Jahren zwischen 2010 und 2018 schwankte der Anteil, der den Gewerkschaften großes Vertrauen aussprach, stets zwischen 41 und 47 Prozent (Schaubild 4).

Schaubild 4

Nach wie vor sehr hohes Vertrauen in mittlere und kleinere Unternehmen – deutlich weniger Vertrauen in große Unternehmen

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



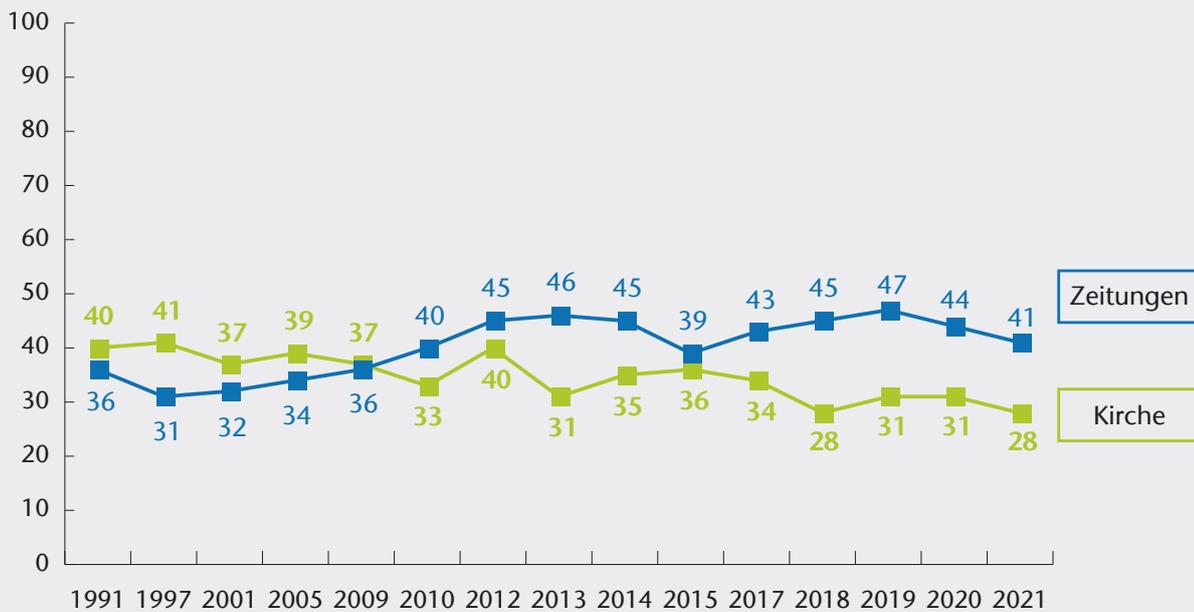
Weiterhin rückläufig ist das Vertrauen in die Zeitungen und die Kirche. Der Anteil derer, die den Zeitungen großes Vertrauen entgegenbringen, ist innerhalb der letzten zwei Jahre von 47 auf 41 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum verringerte sich das Vertrauen in die Kirchen von 31 auf 28 Prozent. Dies ist der niedrigste Wert, den das Allensbacher Institut für die Institution Kirche jemals ermittelt hat. Noch in den 1990er Jahren sprachen gut 40 Prozent der Bevölkerung den Kirchen ihr Vertrauen aus.

Das schwindende Vertrauen in die Kirchen hat viel mit der seit Jahren andauernden Berichterstattung über Missbrauchsfälle, vor allem in der katholischen Kirche, sowie einer aus Sicht der Bevölkerung oftmals nur zögerlichen Aufklärung und Aufarbeitung zu tun, aber bei Weitem nicht allein. Tatsächlich lässt sich bereits seit Jahrzehnten eine Erosion des christlichen Glaubens in Deutschland beobachten, die einhergeht mit einem Bedeutungs- und Vertrauensverlust (Schaubild 5).

Schaubild 5

Zeitungen und Kirche verlieren weiter an Vertrauen

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

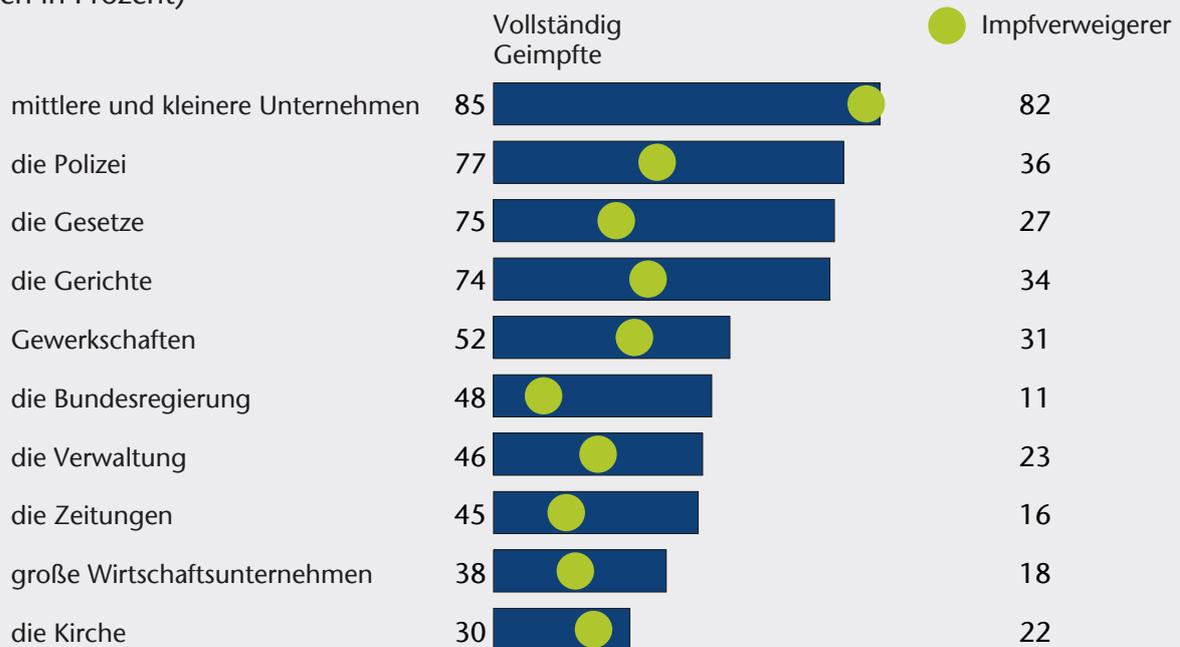
Kaum etwas trennt die Bevölkerung derzeit so sehr, wie die Frage des Impfstatus. Die große Mehrheit der Bevölkerung, die geimpft ist, blickt mit zunehmendem Unverständnis auf die Minderheit der Ungeimpften, die sich immer stärker bedrängt und ausgegrenzt fühlt. Beide Gruppen unterscheiden sich jedoch nicht nur in ihrer Haltung dem Impfen gegenüber, sondern auch in Bezug auf die politische Orientierung und das Institutionenvertrauen. Ungeimpfte zeichnen sich durch ein bemerkenswert hohes Misstrauen nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Institutionen gegenüber aus. Dies gilt insbesondere für das fehlende Vertrauen in das Rechtssystem, in die Sicherheitskräfte und

die Bundesregierung. Während 75 Prozent der Geimpften der Gesetzgebung vertrauen, gilt das nur für 27 Prozent der Ungeimpften. Den Gerichten bringen 74 Prozent der Geimpften, aber nur 34 Prozent der Ungeimpften großes Vertrauen entgegen. Der Polizei vertrauen 77 Prozent der Geimpften, aber nur 36 Prozent der Ungeimpften. Und während von den Geimpften immerhin 48 Prozent der Bundesregierung vertrauen, sind es von den Ungeimpften nur elf Prozent. Lediglich den mittleren und kleineren Unternehmen bringen die Ungeimpften in etwa genauso großes Vertrauen entgegen wie die geimpften Bevölkerungskreise (Schaubild 6).

Schaubild 6

Geringes Institutionenvertrauen bei Impfunwilligen

Es haben sehr/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Weiterhin viel Kritik an der Verfahrensdauer und der Überlastung der Gerichte

Trotz des großen Vertrauens, das die Bevölkerung den Gesetzen und Gerichten entgegenbringt, äußern viele Bundesbürger zum Teil deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik auf vier Bereiche:

- zu lange Verfahrensdauer durch die Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu komplizierte Gesetze und
- zu milde Strafen.

Die größte Kritik übt die Bevölkerung an der langen Verfahrensdauer: 81 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass viele Verfahren in Deutschland zu lange dauern; 75 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.

Darüber hinaus äußert ein Großteil der Bevölkerung Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht: 59 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil

erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 58 Prozent halten zudem die Rechtsprechung in Deutschland ganz allgemein für uneinheitlich. Urteil und Strafmaß hängen ihrer Meinung nach stark vom jeweils zuständigen Gericht ab.

Zudem kritisiert ein Großteil der Bevölkerung die aus ihrer Sicht zu komplizierte Gesetzgebung in Deutschland: 55 Prozent der Bürger halten die Gesetze für zu kompliziert und bezweifeln, dass man sie als normaler Bürger verstehen kann.

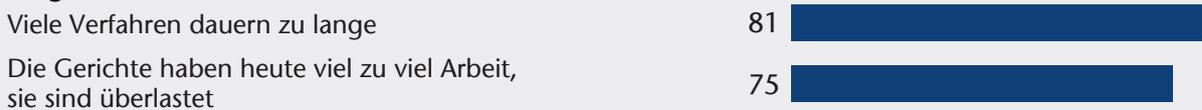
Und schließlich werden die in Deutschland verhängten Strafen von vielen als zu milde kritisiert: 49 Prozent der Bevölkerung halten die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein für zu milde. Noch mehr missfällt den Bürgern, dass ihrer Meinung nach zu viele Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern zu nachsichtig sind. So würden sich 52 Prozent ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen (Schaubild 7).

Schaubild 7

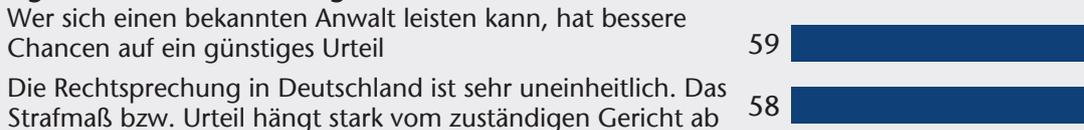
Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer

Frage: "Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?"
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)

Zu lange Verfahrensdauer



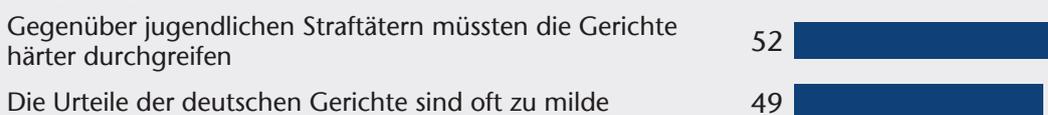
Mangelnde Gleichbehandlung



Komplizierte Gesetze



Zu milde Strafen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047

Obgleich die lange Verfahrensdauer nach wie vor von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung kritisiert wird, zeigt die Trendanalyse, dass die Kritik daran bereits seit einigen Jahren rückläufig ist. So ist der Anteil derer, die den Eindruck haben, dass viele Gerichtsverfahren in Deutschland zu lange dauern, seit 2018 von 88 auf derzeit 81 Prozent zurückgegangen ist. Und auch der Anteil derer, die viele Gerichte in Deutschland für überlastet halten, hat sich zuletzt deutlich verringert: seit 2019 von 83 auf 75 Prozent. Der Langzeittrend zeigt, dass beide Überzeugungen heute dennoch nach wie vor häufiger vertreten werden als noch vor zehn Jahren. Dies gilt auch für den Eindruck, dass die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein zu milde sind: Teilten 2010 45 Prozent der Bürger diese Auffassung, so sind es aktuell 49 Prozent (Schaubild 8).

Schaubild 8

Die Kritik an der Verfahrensdauer und dem Strafmaß nimmt ab



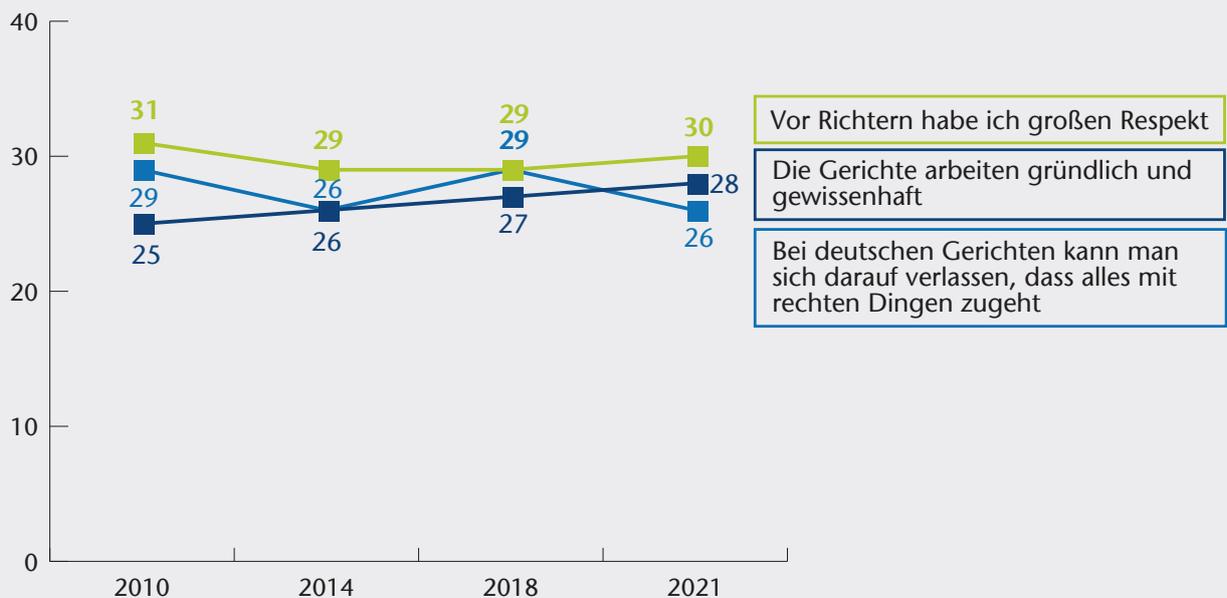
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

Nach wie vor überwiegen im detaillierten Bild vom deutschen Rechtssystem die kritischen Stimmen eindeutig. Vergleichsweise wenige Bürger stimmen ausdrücklich positiven Aussagen über die Justiz zu. Immerhin 30 Prozent geben zu Protokoll, dass sie großen Respekt vor Richtern haben. 28 Prozent sind zudem überzeugt, dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten, weitere 26 Prozent, dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Der Trendvergleich der letzten Jahre zeigt, dass das Meinungsbild der Bevölkerung außerordentlich stabil ist. Seit vielen Jahren erfährt die deutsche Justiz im detaillierten Bild eine weitgehend gleichbleibende, aber, verglichen mit der Kritik, nur eingeschränkte Unterstützung durch die Bevölkerung (Schaubild 9).

Schaubild 9

Stabile, aber nach wie vor nur eingeschränkte Unterstützung für die Arbeit der deutschen Gerichte

Frage: "Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?"
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

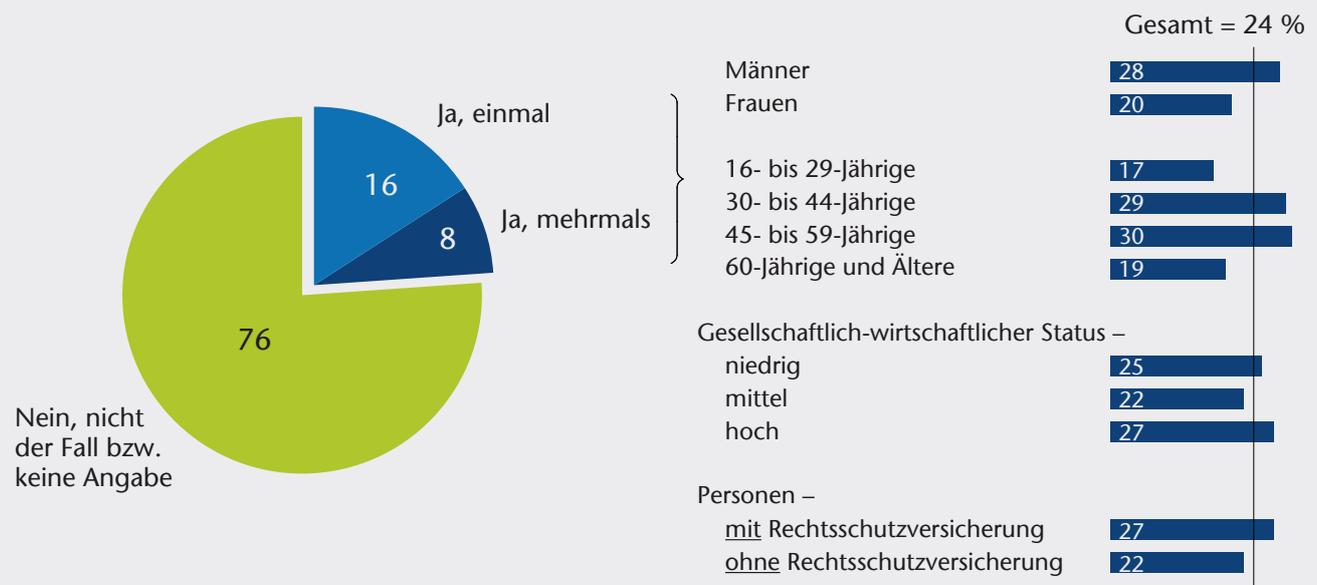
Erfahrungen mit dem Rechtssystem und Einstellungen zur außergerichtlichen Streitbeilegung

Knapp jeder vierte Bundesbürger stützt sein Urteil über das deutsche Rechtssystem nicht nur auf eine Außenperspektive, sondern hat bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht: 24 Prozent der Bevölkerung waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. 16 Prozent waren einmal, acht Prozent sogar mehrmals an Gerichtsprozessen beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer sowie Personen mittleren Alters zwischen 30 und 59 Jahren in Gerichtsverfahren involviert; ebenfalls überproportional oft auch Personen mit einem hohen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status, also Personen aus den oberen Sozialschichten, sowie Personen, die eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben. Von diesen beiden Personengruppen waren jeweils 27 Prozent in den vergangenen zehn Jahren persönlich an einem Gerichtsverfahren beteiligt (Schaubild 10).

Schaubild 10

Beteiligte an Gerichtsprozessen

Frage: "Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047

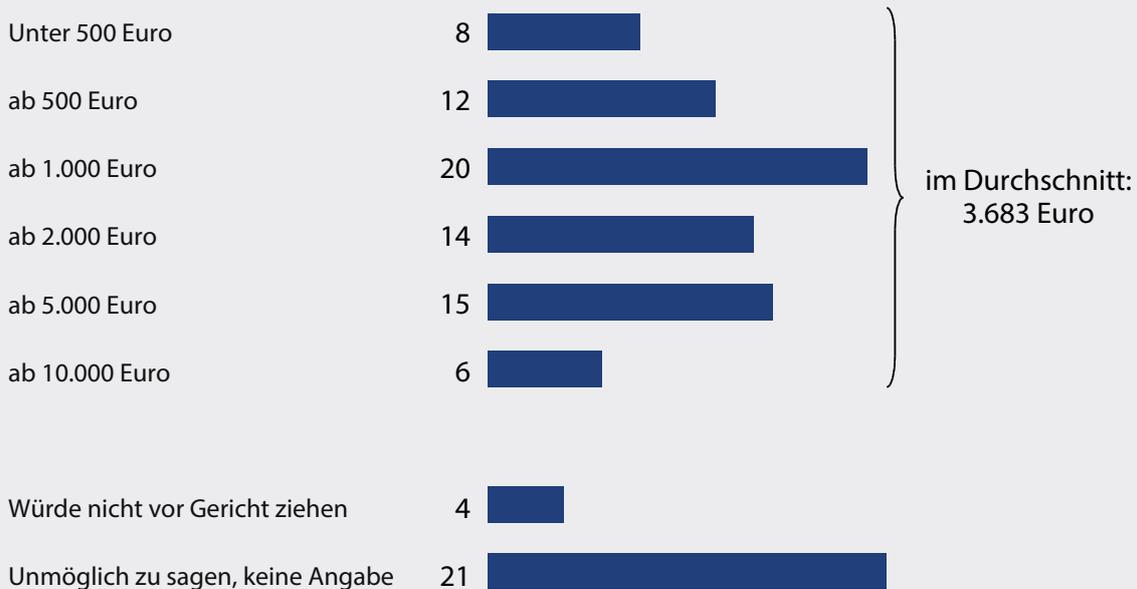
Der Kreis derer, die in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, unterliegt zwar im Trendverlauf nur kleineren Schwankungen, ist aber tendenziell eher rückläufig. So gaben 2015 noch 29 Prozent zu Protokoll, dass sie im vergangenen Jahrzehnt mindestens einmal an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, aktuell nur noch 24 Prozent. Dies korrespondiert mit dem Befund, dass die Fallzahlen vor deutschen Zivilgerichten seit vielen Jahren rückläufig sind. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Eine mögliche Erklärung wäre, dass viele Bürger heute insbesondere bei kleineren Streitwerten nicht vor Gericht ziehen. Tatsächlich liegt der Streitwert, ab dem die Bürger bei einem finanziellen Schaden vor Gericht ziehen würden, relativ hoch, nämlich durchschnittlich bei 3.683 Euro.

Immerhin 20 Prozent der Bevölkerung würden bereits bei einem Streitwert von unter 1.000 Euro einen Gerichtsprozess anstrengen, für ebenso viele müsste der finanzielle Schaden bei 1.000 bis 2.000 Euro liegen, damit sie vor Gericht ziehen würden; weitere 14 Prozent nennen eine Summe zwischen 2.000 und 5.000 Euro und 15 Prozent einen Betrag zwischen 5.000 und 10.000 Euro. 6 Prozent würden sogar erst bei einem Streitwert von über 10.000 Euro vor Gericht ziehen (Schaubild 11).

Schaubild 11

Ab welchem Streitwert würden die Bürger vor Gericht ziehen?

Frage: "Einmal angenommen, Sie streiten mit jemandem um einen finanziellen Schaden, z.B. weil Ihnen jemand Geld schuldet oder weil es einen Unfall gab: Ab welchem Betrag, um den gestritten wird, würden Sie vermutlich vor Gericht ziehen, bei welcher Summe ungefähr?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

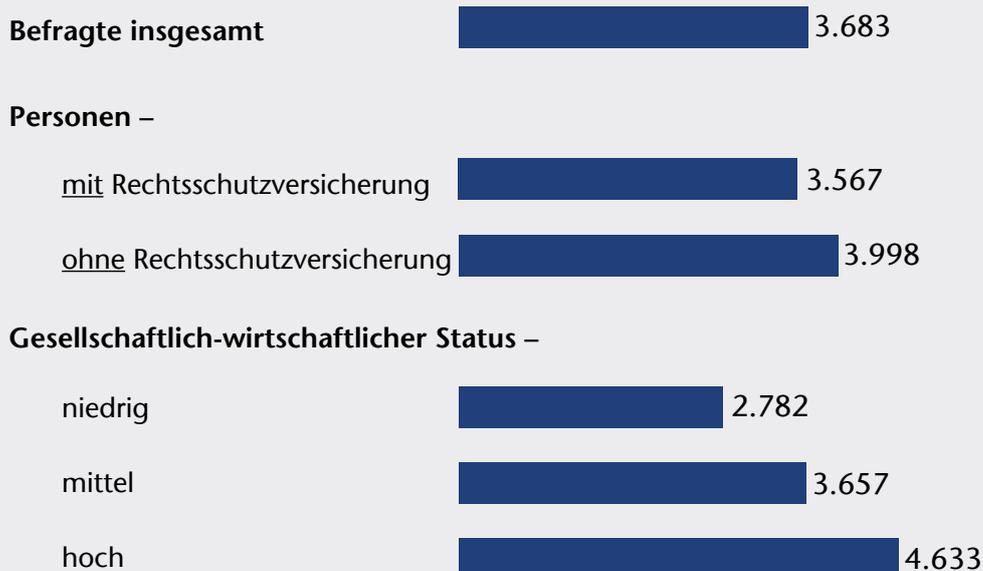


Die Messlatte, ab wann jemand vor Gericht ziehen würde, hängt ganz entscheidend vom Einkommen und der sozialen Schichtzugehörigkeit ab. Personen aus den unteren sozialen Schichten würden bereits bei einem Streitwert von knapp 2.800 Euro einen Gerichtsprozess anstreben, Personen aus der Mittelschicht bei einem Wert von rund 3.650 Euro und Angehörige der oberen Sozial-schichten erst ab einem Streitwert von über 4.600 Euro. Nur wenig Einfluss auf die Höhe des durchschnittlichen Streitwerts hat das Vorhandensein einer Rechtsschutzversicherung. So beziffern Personen, die im eigenen Haushalt über eine Rechtsschutzversicherung verfügen, den durchschnittlichen Streitwert, ab dem sie vor Gericht ziehen würden, mit rund 3.600 Euro, Personen ohne Rechtsschutzversicherung mit rund 4.000 Euro (Schaubild 12).

Schaubild 12

Einflussfaktoren auf die Bereitschaft, vor Gericht zu ziehen

Es würden bei finanziellen Streitigkeiten im Durchschnitt ab folgendem Betrag vor Gericht ziehen – (Angaben in Euro)



Vergleiche mit früheren Untersuchungen des Allensbacher Instituts fallen aufgrund der abweichenden Fragemodelle schwer. Die Daten deuten jedoch darauf hin, dass der Streitwert, ab dem jemand vor Gericht ziehen würde, aktuell höher liegt als noch vor einigen Jahren. Zudem haben Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung in den letzten Jahren deutlich an Bekanntheit und Attraktivität gewonnen. Mit dem ROLAND Rechtsreport konnte in der Vergangenheit bereits häufiger gezeigt werden, dass die Bevölkerung Angeboten der außergerichtlichen Streitbeilegung einen hohen Stellenwert beimisst.

Für die Bewertung der außergerichtlichen Streitbeilegung wurde den Befragten folgende detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

- Die Teilnahme an solchen Verfahren ist freiwillig.
- Die beiden Streitparteien versuchen mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen.
- Der Vermittler unterstützt die beiden Streitparteien bei der Suche nach einer Konfliktlösung.
- Ob und wie die Parteien sich einigen, entscheiden sie alleine. Sie können sich aber auch rechtlich beraten lassen.

Auf Basis dieser Informationen bewertet die Bevölkerung die Erfolgchancen der außergerichtlichen Streitbeilegung überwiegend positiv. 56 Prozent sind überzeugt, dass sich mit einem solchen Verfahren viele Streitigkeiten beilegen lassen, nur 31 Prozent sind skeptisch. Im Vergleich zu den Vorjahren werden die Erfolgchancen einer außergerichtlichen Einigung aktuell noch positiver bewertet. 2018 meinten noch 50 Prozent, dass sich mithilfe der außergerichtlichen Streitbeilegung viele rechtliche Auseinandersetzungen lösen ließen, 2019 54 Prozent und im Vorjahr 52 Prozent (Schaubild 13).

Schaubild 13

Mehr als jeder Zweite ist von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt

Frage: "Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung, z.B. die Mediation oder die Schlichtung. Hier stehen einige Einzelheiten der außergerichtlichen Streitbeilegung aufgeschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal durchlesen. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

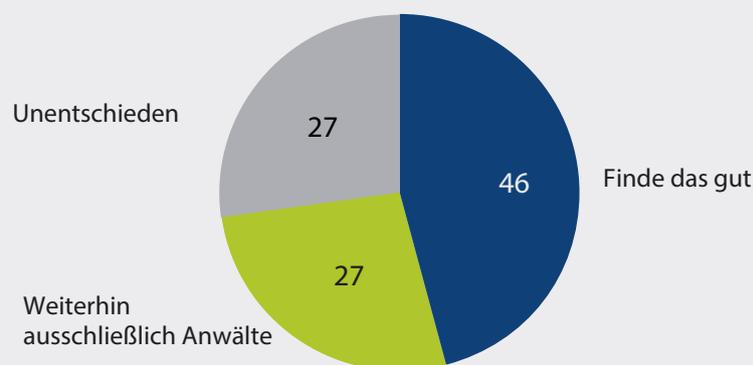
Eine ganz andere Alternative zum klassischen Rechtsweg bieten sogenannte Legal Tech-Angebote. Software-Programme übernehmen bei bestimmten rechtlichen Anliegen die Arbeit von Anwälten bzw. Anwaltskanzleien, indem einzelne rechtliche Dienstleistungen automatisiert erledigt werden. So können beispielsweise rechtliche Schriftstücke oder auch Verträge mithilfe von IT-Programmen automatisiert erstellt werden. Eine relative Mehrheit

der Bevölkerung findet dieses Angebot attraktiv: 46 Prozent bewerten es positiv, dass rechtliche Angelegenheiten ohne Anwälte nur mithilfe von Computerprogrammen erledigt werden können; nur 27 Prozent lehnen dies ab und wünschen sich, dass für rechtliche Angelegenheiten auch in Zukunft ausschließlich Anwälte zuständig sind (Schaubild 14).

Schaubild 14

Es geht auch ohne Anwälte

Frage: "Seit einiger Zeit gibt es für bestimmte rechtliche Anliegen Computerprogramme, die einen großen Teil der Arbeit von Anwälten übernehmen können. Zum Beispiel kann man im Internet mit Hilfe von entsprechenden Anbietern automatische Schreiben erstellen, um bei ausgefallenen Flügen Schadenersatz von der Fluggesellschaft zu fordern, oder man kann Verträge automatisch erstellen lassen. Finden Sie es gut, dass rechtliche Angelegenheiten ohne Anwälte nur mit Hilfe von Computerprogrammen erledigt werden können, oder sollten für solche Anliegen weiterhin ausschließlich Anwälte zuständig sein?" (Angaben in Prozent)

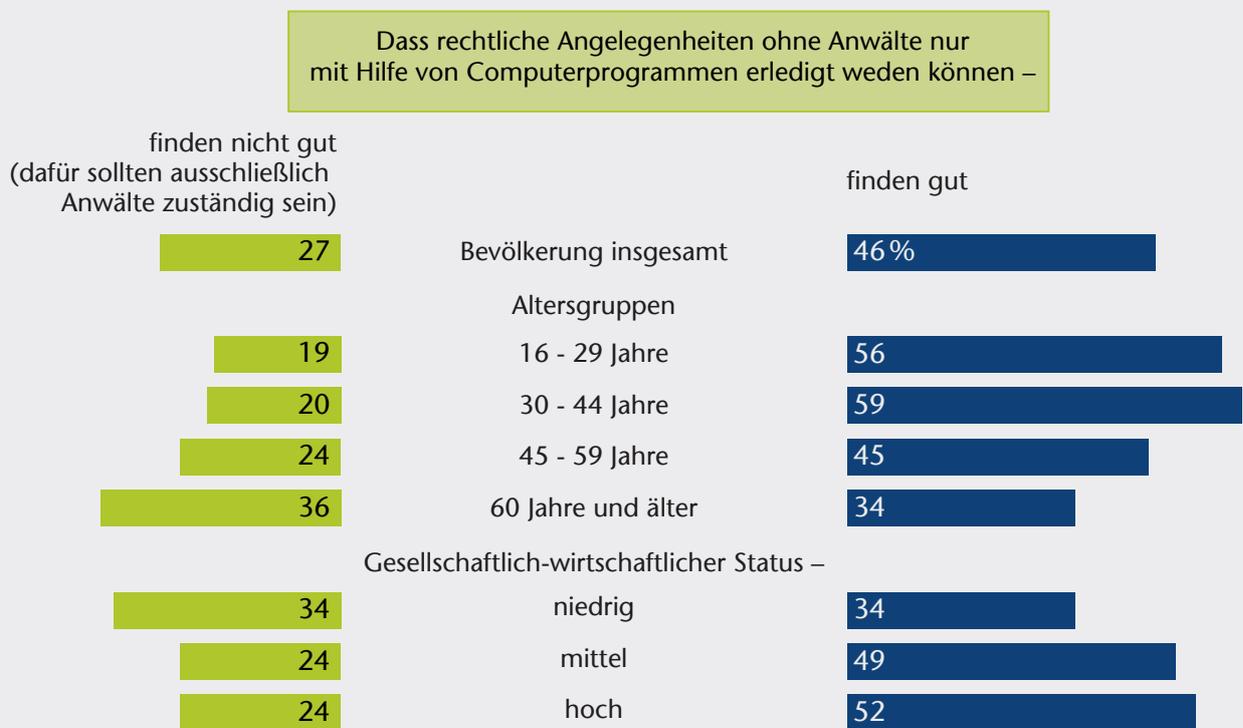


Es sind vor allem Jüngere und Personen aus den oberen Sozialschichten, die gegenüber Legal Tech-Angeboten überdurchschnittlich aufgeschlossen sind. Von den 16- bis 29-jährigen finden es 56 Prozent grundsätzlich gut, dass rechtliche Angelegenheiten nur mithilfe von Computerprogrammen erledigt werden können, von den 30- bis

44-jährigen sogar 59 Prozent. Bei den über 60-jährigen überwiegt hingegen eher die Skepsis: Nur 34 Prozent der Älteren sehen diese Angebote positiv, 36 Prozent von ihnen wünschen sich umgekehrt, dass für rechtliche Fragen auch zukünftig ausschließlich Anwälte und keine Computerprogramme zuständig sein sollten (Schaubild 15).

Schaubild 15

Vor allem Jüngere und höhere Sozialschichten halten den Einsatz von Computerprogrammen statt Anwälten für sinnvoll



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047



Teil B Fake News, Meinungsfreiheit, Verschwörungstheorien und die Rolle sozialer Medien

Die Grenzen der Freiheit

Die Meinungsfreiheit gehört für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zu den wichtigsten Grundrechten der deutschen Verfassung. Über viele Jahrzehnte war sich die große Mehrheit auch einig darin, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung in Deutschland uneingeschränkt gesichert ist. Doch seit einigen Jahren erodiert dieser Eindruck. Von den 1970er Jahren bis zur Wiedervereinigung vertraten stets mehr als drei Viertel der

westdeutschen Bevölkerung die Ansicht, dass man in Deutschland seine Meinung frei sagen könne. Seither ist diese Überzeugung rückläufig. Glaubten vor zehn Jahren immerhin noch 66 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, dass man in der Öffentlichkeit seine Meinung frei äußern könne, sind es aktuell nur noch 45 Prozent, nahezu gleich viele, 43 Prozent, widersprechen. (Schaubild 16).

Schaubild 16

Freie Meinungsäußerung

Frage: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?" (Angaben in Prozent)



An 100 fehlende Prozent: "Mit Einschränkungen", unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland (bis 1980: Westdeutschland), Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12047

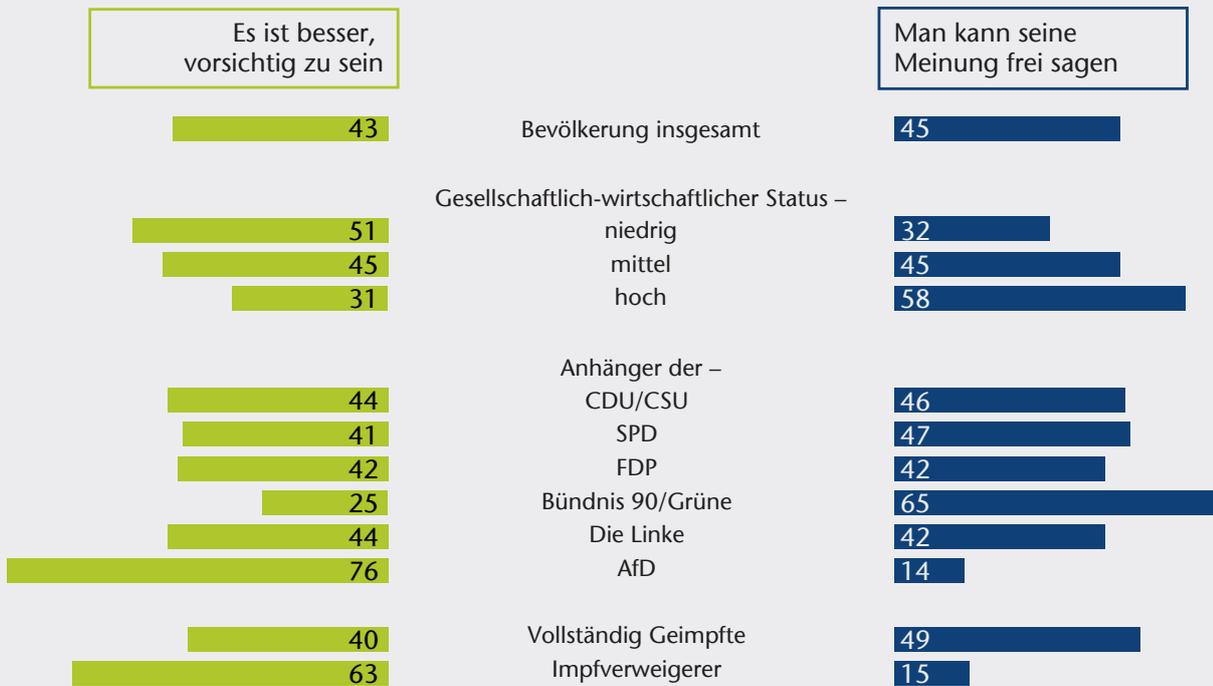
Besonders stark vertreten Personen aus den unteren Sozialschichten, Impfverweigerer und AfD-Anhänger die Ansicht, sie wären in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. 51 Prozent der Personen mit niedrigem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status und 63 Prozent der Impfgegner meinen, dass es besser ist, vorsichtig mit Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit zu sein. Gänzlich unterschiedlich fällt das Meinungsbild zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien aus. So meinen 76 Prozent der

AfD-Anhänger, dass man mit seinen Meinungsäußerungen vorsichtig sein müsse. Die Anhänger von Union, FDP, SPD und der Linken zeigen sich in dieser Frage gespalten. Lediglich die Anhänger der Grünen empfinden nur wenig Meinungsdruck: 65 Prozent der Grünen-Anhängerschaft sind der Ansicht, dass man in Deutschland seine Meinung frei äußern kann, lediglich jeder Vierte widerspricht (Schaubild 17).

Schaubild 17

Vor allem AfD-Anhänger und Impfverweigerer sehen die Meinungsfreiheit eingeschränkt

Frage: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047

Diejenigen, die darüber klagen, dass sie ihre Meinung nicht frei äußern können, stellen dabei in aller Regel nicht infrage, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Meinungsfreiheit gilt, sondern sie beklagen vor allem die gesellschaftlichen Sanktionen, die drohen, wenn man gegen die Regeln der Political Correctness verstößt. Hinzu kommt, dass sich insbesondere solche Personengruppen in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt sehen, die im Fokus der öffentlichen Kritik stehen. Sie haben zunehmend das Gefühl, eine Minderheitenmeinung zu vertreten, die in der Öffentlichkeit und in den Medien weit überwiegend kritisiert wird.

Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Zuverlässigkeit von Informationen aus den Medien, insbesondere gegenüber Informationen aus sozialen Netzwerken. So raten 70 Prozent der Bundesbürger zur Vorsicht gegenüber Informationen aus dem Internet, da hier jeder schreiben könne, was er möchte. Weitere 55 Prozent äußern sich skeptisch gegenüber Informationen aus sozialen Netzwerken und mehr als sechs von zehn Bürgern sind überzeugt, dass ganz generell viele Falschinformationen im Umlauf sind. 41 Prozent ziehen für sich persönlich die Bilanz, dass sie nur schwer einschätzen können, welchen Medien sie vertrauen können und welchen nicht.

Mehr als jeder Zweite sieht in Falschinformationen oder Fake News, wie sie beispielsweise über soziale Netzwerke verbreitet werden, auch eine Gefahr für unsere Demokratie. Ebenso viele fordern als Konsequenz daraus, dass diejenigen, die Falschinformationen oder Verschwörungstheorien in Medien oder sozialen Netzwerken verbreiten, dafür bestraft werden.

Immerhin jeder Zweite ist überzeugt, dass es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern viele gute Medien gibt, in denen zuverlässig berichtet wird. Knapp jeder Dritte findet zudem, dass man sich bei Informationen aus den etablierten Medien sicher sein kann, dass man zuverlässig informiert wird.

Das Urteil unterscheidet sich in dieser Frage nur marginal zwischen den Generationen. Auch die junge Generation, die das Internet und soziale Medien sehr viel intensiver nutzt, bewertet die Zuverlässigkeit von Informationen aus diesen Quellen nicht weniger kritisch als die Gesamtbevölkerung (Schaubild 18).

Schaubild 18

Misstrauen gegenüber den Medien quer durch alle Generationen

Frage: "Hier ist einiges aufgeschrieben, was uns andere über die Vertrauenswürdigkeit von Medien gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?"
(Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

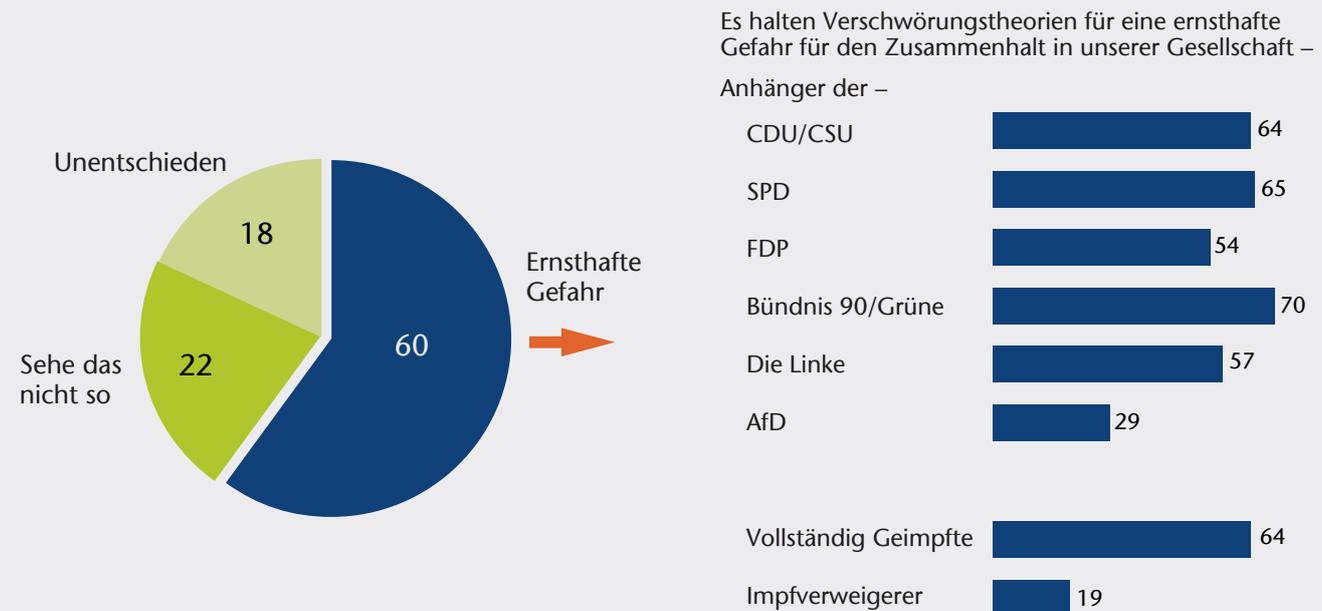


Eine besonders große Gefahr geht aus Sicht der Bevölkerung neben Falschinformationen von Verschwörungstheorien aus. 60 Prozent sehen darin eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In dieser Frage sind sich die Anhänger der verschiedenen Parteien einig – mit Ausnahme der AfD-Anhänger: Von diesen halten nur 29 Prozent Verschwörungstheorien für eine ernsthafte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Noch zurückhaltender äußern sich Personen, die sich weder gegen das Coronavirus haben impfen lassen noch vorhaben, sich impfen zu lassen: Nur 19 Prozent der Impfverweigerer sehen in Verschwörungstheorien eine ernsthafte Gefährdung für unsere Gesellschaft (Schaubild 19).

Schaubild 19

Verschwörungstheorien: eine ernsthafte Gefahr

Frage: “Derzeit sind ja verschiedene sogenannte Verschwörungstheorien im Umlauf. Verschwörungstheorien besagen ganz generell, dass bestimmte Situationen oder Ereignisse nicht so sind, wie sie scheinen, sondern dass ein geheimer Plan höherer Mächte dahintersteckt, z.B. über den Ursprung von Corona oder das Impfen. Was meinen Sie: Geht von solchen Verschwörungstheorien eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aus, oder sehen Sie das nicht so?” (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047

Im Zusammenhang mit Fake News und Verschwörungstheorien, die vor allem über die sozialen Netzwerke verbreitet werden, wird immer wieder darüber diskutiert, ob Meinungen, die in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Telegram geäußert und verbreitet werden, stärker kontrolliert und eingeschränkt werden sollten. Jeder Zweite würde eine stärkere Kontrolle von Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken begrüßen. Nur neun Prozent der Bürger halten dagegen und meinen, dass bereits heute zu viel Kontrolle in den sozialen Netzwerken stattfindet.

Weitere 15 Prozent wünschen sich keine Veränderung, weil sie die derzeitigen Regelungen für ausreichend und angemessen erachten. Überdurchschnittlich stark unterstützen Personen die Forderung nach einer stärkeren Kontrolle sozialer Netzwerke, die Verschwörungstheorien für eine echte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt halten. Von ihnen fordern 68 Prozent, dass Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken stärker kontrolliert und gegebenenfalls auch eingeschränkt werden sollten (Schaubild 20).

Schaubild 20

Jeder Zweite plädiert für eine stärkere Kontrolle von Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken

Frage: "Wie sehen Sie das: Sollte stärker kontrolliert und stärker eingeschränkt werden, welche Meinungen in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Telegram geäußert und verbreitet werden, oder findet hier bereits zu viel Kontrolle statt, oder ist das alles in allem angemessen?" (Angaben in Prozent)



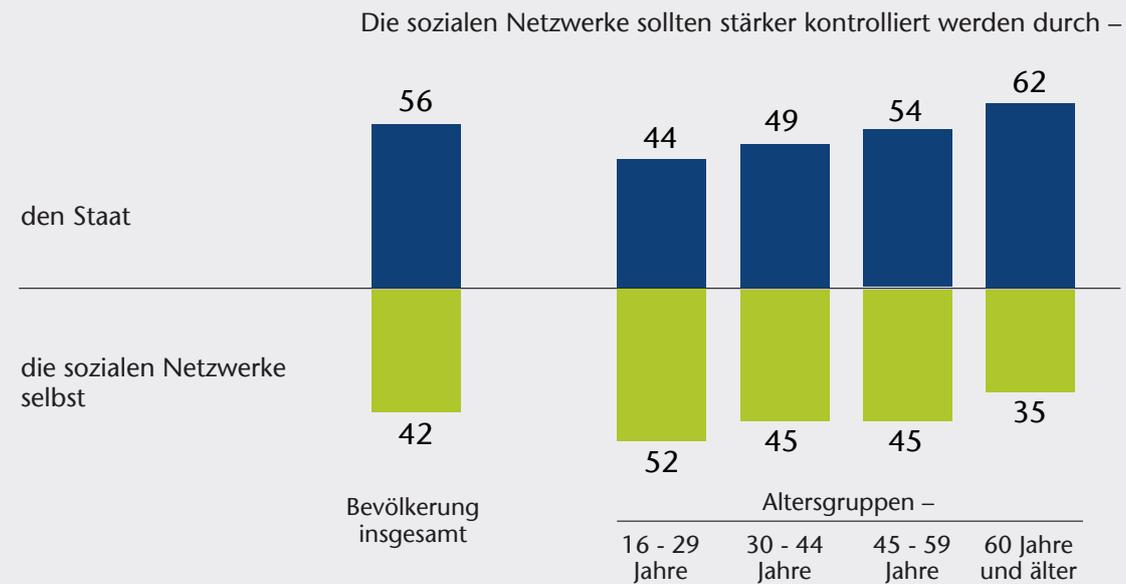
Von denjenigen, die für eine stärkere Kontrolle von Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken plädieren, sprechen sich 56 Prozent dafür aus, dass der Staat die Kontrolle übernehmen sollte, 42 Prozent sehen die sozialen Netzwerke selbst in der Pflicht, ihre Nutzer und deren Äußerungen zu prüfen und zu sanktionieren. Vor allem Jüngere sprechen sich mehrheitlich für die Selbstkontrolle der sozialen Netzwerke aus, während umgekehrt die ältere Generation in dieser Frage staatliche Kontrollinstanzen stärker in der Pflicht sieht (Schaubild 21).

Schaubild 21

Welche Kontrollinstanz man in der Pflicht sieht, ist eine Frage des Alters

Frage an Personen, die meinen, soziale Netzwerke sollten stärker kontrolliert werden:

“Wer sollte das Ihrer Meinung nach kontrollieren: der Staat oder die sozialen Netzwerke selbst?”
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen ab 16 Jahre, die meinen, soziale Netzwerke sollten stärker kontrolliert werden
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047

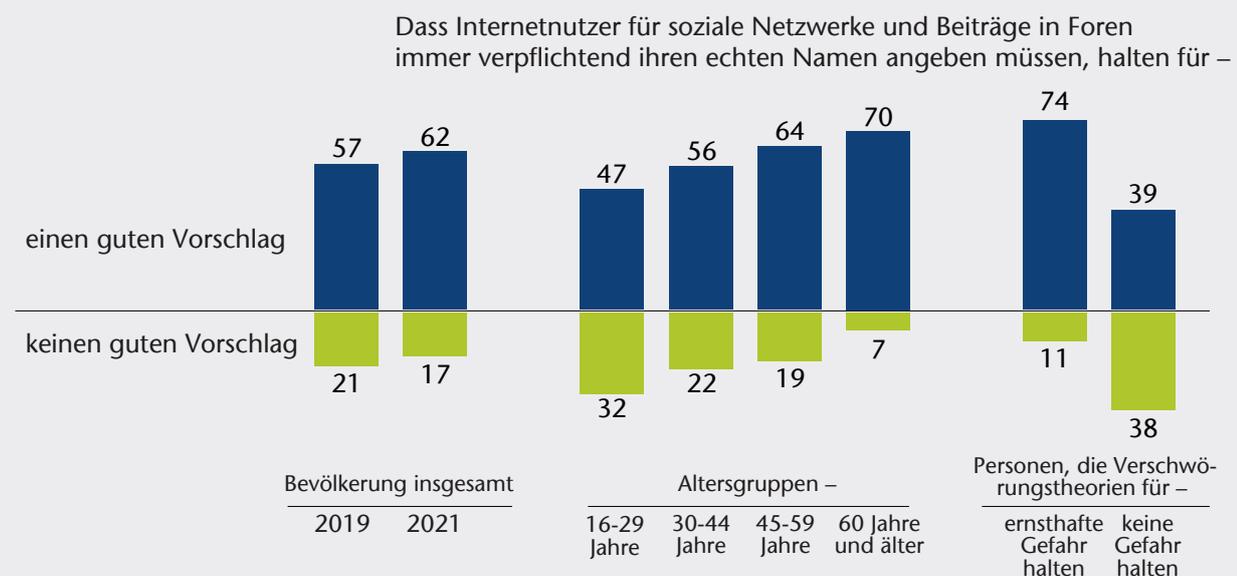
Zunehmend fordert die Bevölkerung auch eine Klarnamenpflicht im Internet, also dass Nutzer Beiträge oder Kommentare in sozialen Netzwerken oder Internetforen nur unter ihrem richtigen Namen veröffentlichen dürfen und nicht anonym. 2019 waren 57 Prozent, aktuell bereits 62 Prozent der Auffassung, dass Verfasser solcher Beiträge oder Kommentare ihren echten Namen angeben sollten, nur 17 Prozent finden es hingegen gut, dass Beiträge im Netz anonym verfasst und kommentiert werden können.

Vor allem ältere Personen und Personen, die in Verschwörungstheorien eine ernsthafte Gefahr für unsere Gesellschaft sehen, fordern die Einführung einer Klarnamenpflicht im Internet. Unter 30-Jährige hingegen sind etwas zurückhaltender: Von ihnen halten es nur 47 Prozent für einen guten Vorschlag, dass die Verfasser von Kommentaren im Internet immer verpflichtend ihren Vor- und Nachnamen angeben müssen, 32 Prozent finden es besser, wenn Beiträge und Kommentare im Netz auch anonym verfasst werden dürfen (Schaubild 22).

Schaubild 22

Deutliche Mehrheit für Klarnamenpflicht im Internet

Frage: "Viele Internetnutzer benutzen ja für soziale Netzwerke nicht ihren richtigen Namen oder schreiben in Internetforen Beiträge oder Kommentare anonym. Nun wurde vorgeschlagen, dass Internetnutzer für soziale Netzwerke und für Beiträge in Foren immer verpflichtend ihren echten Vor- und Nachnamen angeben müssen. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder keinen guten Vorschlag?" (Angaben in Prozent)



Verzeichnis der Schaubilder

	Seite
Teil A	
Schaubild 1	10
Schaubild 2	11
Schaubild 3	12
Schaubild 4	13
Schaubild 5	14
Schaubild 6	15
Schaubild 7	16
Schaubild 8	17
Schaubild 9	18
Schaubild 10	19
Schaubild 11	20
Schaubild 12	21
Schaubild 13	22
Schaubild 14	23
Schaubild 15	24
Schaubild 16	26
Teil B	
Schaubild 17	27
Schaubild 18	29
Schaubild 19	30
Schaubild 20	31
Schaubild 21	32
Schaubild 22	33



ROLAND
RECHTSSCHUTZ